

**Internationales Institut für Liberale Politik Wien**

# **SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE**

Egbert Jahn

## **Strukturen von Konflikt und Kooperation im Osten Europas**

Der Autor	2
<b>Strukturen von Konflikt und Kooperation im Osten Europas</b>	<b>3</b>
1 Vorbemerkung: Der Versuch einer Synthese von jahrzehntelanger Forschungsarbeit und Lehr- tätigkeit	3
2 Grundzüge des soziohistorischen Forschungsansatzes	4
3 Soziale und Segmentale Konflikt- und Kooperationsstrukturen	8
4 Zeitgeschichte als Geschichte des Zeitalters der Volkssouveränität?	12
5 Nationalismus und Nationalstaat als Folge der Volkssouveränität	19
6 Der Europäische Osten als Teil Gesamt- europas	25
<hr/>	
Bisher erschienen	35



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien

## Der Autor

### Prof. Dr. Egbert Jahn

geb. 26.5.1941 in Berlin

seit 1968 verheiratet mit Brigitte Jahn, geb. Amelung

1961-69 Studium der Geschichte, Geographie, Politikwissenschaft und Pädagogik in  
Marburg/Lahn, Berlin, Bratislava

1968 Staatsexamen in Marburg/Lahn

1969 Dr. phil. mit einer Dissertation über die Deutschen in der Slowakei an der  
Universität Marburg/Lahn

1969-70 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Wissenschaftliche Politik in  
Marburg/Lahn

1971-90 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ab 1974 Forschungsgruppenleiter der Arbeitsgruppe  
„sozialistische Länder“ an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konflikt-  
forschung (HSFK)

1975-93 Professor für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der  
Universität Frankfurt am Main

1986/87 Gastprofessur an der Universität Kopenhagen

1988 Gastprofessur an der Universität von Kalifornien, Irvine

1993-2005 Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der  
Universität Mannheim

seit 2009 Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften  
an der Universität Frankfurt am Main

## **Strukturen von Konflikt und Kooperation im Osten Europas<sup>1</sup>**

### **1 Vorbemerkung: Der Versuch einer Synthese von jahrzehntelanger Forschungsarbeit und Lehrtätigkeit**

Dieser Aufsatz will den Rahmen einer politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen, universalen Sichtweise auf eine gesamteuropäische Sozialforschung unter Einschluss Osteuropas skizzieren, die sowohl komparatistische Fragestellungen als auch den europäischen Integrationsprozess thematisiert, wie es in den ersten Forschungsprogrammen des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES) vorgesehen war.<sup>2</sup> Sie deutet zugleich an, was einige leitende Gesichtspunkte für die 1992 in Frankfurt gegründete Forschungsstelle Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Eurasien (FKKS) waren, die 1993 in Mannheim unter Ausblendung Mittelasiens zum Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa transformiert wurde.<sup>3</sup> Es soll versucht werden, einige der wichtigsten Erkenntnisse aus meinen Studien über Geschichte und Gesellschaft, über politische, kriegsträchtige Konflikte, über Europa und vor allem den Osten Europas in Frankfurt am Main an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (1971-1990) und an den Universitäten in Frankfurt (1975-1993), Kopenhagen (1986/87) und Mannheim (1993-2005) zusammenzufassen, sicherlich ein verwegenes Unterfangen. Dabei stütze ich mich unter anderem auch auf meine mehrfach wiederholten und variierten vier Mannheimer Vorlesungsreihen zu den Themen: „Einführung in die Zeitgeschichte - Der Antagonismus von Kommunismus und liberaler Demokratie im 20. Jahrhundert“, „Die Entwicklung der internationalen Gesellschaft“,

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel greift Gedanken aus meiner Abschiedsvorlesung als Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim vom 5. Juli 2005 auf, siehe: Jahn, Egbert: Politische Streitfragen, Band 3, Internationale Politik, Wiesbaden 2012, S. 13-39.

<sup>2</sup> Flora, Peter: Abschlussbericht zur Aufbauphase des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung 1989-1992, S. 1; Forschungsprogramm des MZES 1993-1995, S. 1.

<sup>3</sup> Jahn, Egbert – Sahn, Astrid – Sapper, Manfred (Hg.): Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Sonderveröffentlichung des FKKS, Mannheim 1997, S. 2.

„Krieg und Frieden in der internationalen Gesellschaft“ und „Die Bildung der Nationalstaaten in West- und Osteuropa“. Es können dabei auf gedrängtem Raum nicht mehr als einige, zum Teil sicher unübliche Blickwinkel geöffnet werden.

In der Europapolitik werden die räumlichen mit den gesellschaftspolitischen Dimensionen des Europaverständnisses auf unterschiedliche Weise verknüpft. Historisch ist eine Verlagerung vom Bild eines Süd-Nord-Europa über ein West-Mittel-Osteuropa zu einem West-Ost-Europa zu beobachten. Die Fragilität der Staaten im Osten Europas hat einen starken Ethno- und gleichzeitig einen Imperialnationalismus begünstigt, der die Nationalstaatsbildung im Osten Europas erschwert hat. Die Nationalstaatsbildung ist keineswegs mit der Übertragung militärischer und ökonomischer Funktionen auf supranationale staatliche Einrichtungen abgeschlossen; mit der militärischen und ökonomischen Integration Europas wächst sogar das Bedürfnis nach national-kultureller Differenz und ihrer nationalstaatlichen Absicherung. Es begrenzt die Integrationsfähigkeit und -reichweite des demokratischen Europas, das auf längere Dauer nur als ein Zwitter zwischen einem vorherrschend konföderierten (vereinten) und einem ansatzweise auch föderierten (vereinigten) westlichen Europa und gleichzeitig als ein Gesamteuropa mit einer neuen, jedoch möglichst offenen inneren West-Ost-Grenze vorstellbar ist.

## **2 Grundzüge des soziohistorischen Forschungsansatzes**

Thema des vorliegenden Aufsatzes sind nicht nur die Konflikt- und Kooperationsstrukturen im Osten Europas seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft, sondern es geht um einen umfassenderen zeitgeschichtlichen Blick auf den Osten Europas von Tschechien bis Tschetschenien, wie ein Kollege gern freundlich-spöttisch zu sagen pflegte. Dabei können nur einige wenige grundsätzliche Strukturen von Konflikt und Kooperation erörtert werden, sollen nur die hauptsächlichen Konflikt- oder Bruchlinien (*cleavages*) in diesem Teil der Welt beleuchtet werden. Dabei sei gleich zu Beginn eingestanden, dass die systematische Kooperationsforschung sehr zugunsten der Konfliktforschung zu kurz gekommen ist.

Zunächst seien einige Grundzüge des soziohistorischen oder gesellschaftsgeschichtlichen Forschungsansatzes charakterisiert. Er trachtet die sozialwissenschaftliche Strukturanalyse internationaler Gesellschaft mit der geschichtswissenschaftlichen Ereignisanalyse zu verbinden. Es fällt schwer, vierdimensional zu denken, sowohl in Natur- und Gesellschaftsräumen, als auch im Zeitablauf der Ereignisse. Strukturanalyse abstrahiert nicht nur vom zeitlichen Wandel sondern auch von der Individualität der Elemente der Struktur, Ereignisanalyse von der Kontinuität der Strukturen und der Gleich- bzw. Ähnlichkeit der Ereignisse, die strukturell verknüpft sind. Sie sind damit dem synchronen, diachronen und stadialen Vergleich zugänglich. Der stadiale Vergleich hat gleiche Entwicklungsstadien in verschiedenen Räumen und Zeiten zum Gegenstand. Miroslav Hroch hat die Fruchtbarkeit eines solchen Vergleichs beispielhaft für die nationalen Bewegungen in Europa vorgenommen.<sup>4</sup>

Gedanklich vernachlässigen wir notwendig entweder das einzelne historische Ereignis mit seinen spezifischen Charakteristika und Verursachungen oder die Kontinuität der Strukturen, die durch eine Vielzahl unterschiedlicher Ereignisse konstituiert werden. Wir können deshalb nur nacheinander einmal den einen Aspekt, dann den anderen Aspekt unseres Forschungsgegenstands beleuchten. Entweder analysieren wir den Kosovokrieg in seinen nur ihm eigenen Verlaufsformen, Verursachungen und Folgen oder wir befassen uns mit einer Vielzahl von Kriegen und Kriegsursachen unter weitgehender Abstraktion von den Besonderheiten der einzelnen Kriege. Aber der Spagat zwischen Gesellschaftswissenschaft und Geschichtswissenschaft, oder enger gefasst: zwischen Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, ist in einem soziohistorischen Forschungsansatz möglich, der sowohl Struktur- als auch Ereignisanalyse betreibt. Insofern war der Name meines Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte eine ständige intellektuelle, methodologische Herausforderung.

In den Sozialwissenschaften und auch in der Wissenschaft, die sich auf den besonderen gesellschaftlichen Bereich des Politischen konzentriert, herrscht heute leider ein weit verbreiteter Ahistorismus und Präsentismus vor, der die historische Bedingtheit der gesellschaftlichen und

---

<sup>4</sup> Hroch, Miroslav: Social preconditions of national revival in Europe. A comparative analysis of the social composition of patriotic groups among the smaller European nations, Cambridge 1985.

politischen Phänomene außer acht lässt, während umgekehrt in den letzten Jahrzehnten die Geschichtswissenschaften erfolgreich ihren methodischen und theoretischen Horizont durch sozialgeschichtliche Forschung erweitert haben. Die historischen Sozial- und Politikwissenschaften stecken noch in ihren Anfangsschuhen. Soziologische und politikwissenschaftliche Theorien wollen oft auch Prognosen und Handlungsanleitungen bieten, strenge Historiker halten letztere grundsätzlich nicht für möglich, während andere aus der Geschichte „Lehren“ für die Zukunft ziehen wollen oder gar behaupten, dass die Geschichte selbst Lehren erteile. Prognosen sind, so wird noch im folgenden zu begründen sein, unerlässlicher Bestandteil zeitgeschichtlicher Analyse; Handlungsanleitungen hingegen sollten, weil sie stark persönlich durch normativ-politische Präferenzen geprägt sind, von der wissenschaftlichen Analyse streng getrennt werden. Um diese Trennung von Politik und Politikwissenschaft habe ich mich stets bemüht. Als Bürger bin ich politisch verantwortliches Subjekt, als Wissenschaftler bin ich den Regeln möglichst präziser Analyse und begründbarer Synthese verpflichtet.

Aber Wissenschaftler benutzen weitgehend dieselbe Sprache und dieselben Wörter, die auch im gesellschaftlichen und politischen Alltag benutzt werden. Wissenschaftliche Begriffe können aber nicht dieselbe ungenaue und von Sprecher zu Sprecher und von Zeit zu Zeit häufig wechselnde Bedeutung der Alltagsbegriffe haben. Sie müssen einen möglichst präzisen und eindeutig für einen bestimmten Geltungsbereich festgelegten, nachvollziehbaren Inhalt und Umfang haben, der sich nicht mit dem der Alltagssprache decken kann. Aus guten Gründen gibt es in den Sozial- und Geschichtswissenschaften keine nationale oder globale Institution mit begrifflicher Definitionsmacht, wie das für manche Natur- und Technikwissenschaften gilt. So muss der einzelne Wissenschaftler seine von anderen übernommene oder selbst geschaffene Begrifflichkeit möglichst klar und nachvollziehbar offenlegen. Allerdings folgt aus dem soziohistorischen Forschungsansatz, dass sich der Wissenschaftler nicht zum willkürlich definierenden Begriffsautokraten aufschwingen darf, der beliebig festlegen will, welches Wort mit dem von ihm in die Welt gesetzten Begriff verknüpft werden soll.

Wissenschaftliche Begriffe von Demokratie, Sozialismus, Liberalismus, Kommunismus, Nation, Staat, Volk, Verfassung usw. müssen soziohistorisch herleitbar sein, nicht nur um allgemeine Verstehbarkeit zu erleichtern – als Wissenschaftler sollten wir uns stets bemühen deutsch, diutisc, also für das Volk verständlich zu reden und zu schreiben, weil Wissenschaft eine gesellschaftliche Funktion hat und nicht zum Selbstzweck verkommen darf –, sondern weil wissenschaftliche Begriffe in dem Begriffskontext der Wissenschafts- und der Alltagssprache, wo sie normativ und emotional besetzt sind, unweigerlich, so sie relevant sind, Folgen haben. Die beliebte Versicherung des Wissenschaftlers, dass er seinen Begriff als wertneutral versteht, macht ihn nicht unverantwortlich für vorhersehbare Missverständnisse. Die soziohistorische Herleitung von Begriffen kann zwar oft keine Übereinstimmung zwischen der Begrifflichkeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Lehrmeinungen schaffen, aber sie begrenzt entschieden den Wildwuchs beliebiger, individueller Begriffskonstruktionen. Damit soll nicht die Berechtigung der Ermahnung des Konstruktivismus an eine an sich uralte Einsicht bestritten werden, dass nicht nur Nationen<sup>5</sup> sondern alle gesellschaftlichen Einheiten wie Staaten, Völker, Klassen, Schichten in der menschlichen Wahrnehmung erzeugt (imaginiert) werden, nicht in der Natur selbst begründet sind. Aber wissenschaftliche Konstruktionen sollten aus der Gesellschaftsgeschichte heraus begründet werden.

Um historische Ereignisse erklären zu können, müssen wir sie zunächst möglichst genau empirisch erfassen und beschreiben. Die hierzu benutzten Begriffe stehen in einem bewusst oder unbewusst übernommenen theoretischen Kontext und müssen als solche geklärt werden. Aber allgemeine Kriegsursachentheorien<sup>6</sup> beispielsweise können nicht hinreichend den Zweiten Weltkrieg oder den Kosovo-Krieg erklären. Vielmehr gilt es, die zahlreichen Faktoren, die einen bestimmten Krieg hervorgerufen haben, empirisch durch das Studium möglichst vieler zugänglicher Quellen zu identifizieren. Ein gewisser Karl Marx meinte einmal, dass er kein

---

<sup>5</sup> Vgl. das oftmals als bahnbrechend zitierte Buch Anderson, Benedict: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983, im Deutschen unter dem irreführenden Titel: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt - New York 1996.

<sup>6</sup> Vgl. die noch immer wichtige Übersicht: Lieder, Julian: *Der Krieg. Deutungen und Doktrinen in Ost und West*, Frankfurt - New York 1983.

Marxist sei.<sup>7</sup> Viele Studenten nähmen den Marxismus lediglich als Vorwand, Geschichte nicht zu studieren, wollten sie aber mit der marxistischen Theorie erklären. Mir scheint, dass viele Sozialwissenschaftler ihre Theorien, z. B. zur Transformation Osteuropas, ebenfalls als Vorwand nutzen, um die Geschichte der von ihnen behandelten gesellschaftlichen Vorgänge nicht zu studieren. Das kann zweifellos sehr ökonomisch, also zeit- und kostensparend sein, weil man weder Sprach- noch Landeskenntnisse erwerben muss, ist aber meist nicht wirklich erkenntnismehrend. Wer den soziohistorischen Forschungsansatz bei der Untersuchung politischer Themen wählt, sollte gefasst sein, in den Augen vieler Historikerkollegen kein echter Historiker, sondern nur ein Politikwissenschaftler, in der Sicht vieler Politologenkollegen hingegen kein echter Politikwissenschaftler, sondern bloß ein Historiker zu sein.

### **3 Soziale und segmentale Konflikt- und Kooperationsstrukturen**

Die moderne menschliche Gesellschaft ist vielfach vertikal in soziale, über- und untergeordnete Gruppen, Schichten und Klassen geteilt (Stratifikation) und gleichzeitig horizontal gegliedert in nebeneinander geordnete Segmente: Kontinente, Kulturkreise, Staatenbündnisse, Staaten, Nationen, Ethnien und religiöse Konfessionen, um nur einige besonders wichtige zu nennen (Segmentierung). Vertikale Stratifikation und horizontale Segmentierung überlagern sich oft in der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit, bleiben aber dennoch analytisch unterscheidbar. Die Trennungslinien, die die sozialen (im engeren Sinne von Über- und Unterordnungsverhältnissen) und die segmentalen (nebeneinander geordneten) gesellschaftlichen Einheiten voneinander trennen, sind oft auch Konfliktlinien oder gar Bruchlinien (*cleavages*), die aber unter Umständen durch Kooperation überbrückt werden können.

Konflikt und Kooperation werden oft als Gegensätze angesehen. In der herkömmlichen, auf soziale Harmonie fixierten Soziologie war Konflikt ein Störfaktor in der gesellschaftlichen Ordnung. Konflikt galt als etwas, das es zu vermeiden galt. Ralf Dahrendorf hat 1961 in seinem

---

<sup>7</sup> "Alles, was ich weiß, ist, dass ich kein Marxist bin." (MEW 37, S. 436).



wegweisenden Aufsatz „Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts“<sup>8</sup> eine Gegenseitigkeit herausgearbeitet, die Konflikt als einen Grundtatbestand jeglicher geschichtlichen Gesellschaft und als Motor für gesellschaftlichen Fortschritt auffasste. Während liberale, demokratische Gesellschaft gesellschaftlichen Konflikt bejahe und damit mäßigen könne, führe die Unterdrückung und Leugnung von Konflikten irgendwann zur destruktiven Konfliktaustragung. Dahrendorf neigte allerdings dazu, alle zwischenmenschlichen Beziehungen für konfliktthaft zu halten und lehnte deshalb den Begriff der Konfliktlösung ab, so dass der Begriff der Kooperation keine Rolle in seinen Überlegungen zu einer sozialen Theorie spielte.

Die explizit vereinbarte oder die implizite, durch Gewöhnung und wechselseitige Anpassung entstehende Festlegung von mäßigenden Spielregeln für Konflikte setzt gesellschaftliche Kooperation zwischen den Konfliktparteien voraus. Selbst der Kalte Krieg konnte nur dadurch vom Übergang zum blutigen Krieg abgehalten werden, dass vielfältige Formen der expliziten und impliziten Kooperation zwischen den Antagonisten entwickelt wurden, die ein gemeinsames Interesse an der Verhütung eines Dritten Weltkrieges hatten. Kooperative Konfliktgestaltung und Konfliktregulierung sowie konfliktbehaftete Kooperation zwischen gesellschaftlichen Einheiten, die besondere, eigene Interessen verwirklichen wollen, bestimmen das wirkliche Geschehen, nicht ein kategorischer Gegensatz von Konflikt und Kooperation.

Es ist sinnvoll, zwischen zwei Typen von Konflikten zu unterscheiden. Es gibt zahllose einzelne Konflikte, die tatsächlich endgültig gelöst werden, die nach der Konfliktlösung also nicht mehr existieren, entweder weil die ursprünglichen Konfliktparteien zur dauerhaften Kooperation übergehen oder weil sie sich so trennen, dass sie nicht mehr zusammenstoßen können, sieht man von der menschenverachtenden Form der vollständigen Vernichtung einer Konfliktpartei ab. Es gibt aber auch strukturelle Konflikte von unbegrenzter Dauer, deren Lösung innerhalb eines über Jahrhunderte existierenden gesellschaftlichen Systems nicht möglich oder nicht einmal erwünscht ist. Die liberale Demokratie beruht z. B. darauf, dass politische Machtkonflikte zwischen den politischen Parteien niemals endgültig gelöst werden und gelöst werden dürfen, sondern sich

---

<sup>8</sup> Dahrendorf, Ralf: Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts, in: ders.: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961, S. 197-235.

nach einer befristeten Lösung mit der Etablierung eines gewählten Parlaments und einer Regierung fortsetzen und immer wieder erneuert werden sollen, um politischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. Selbst wenn diese oder jene Partei von der parlamentarischen Bühne verschwindet, so sollen neue Parteien in den Dauerkonflikt um die befristete politische Macht eintreten. Ähnliches gilt für die sozialen Konflikte in einer sozialen Marktwirtschaft zwischen Kapital und Arbeit, selbst wenn die Unternehmer durch angestellte Manager funktional ersetzt werden. Niemals darf in einer Marktwirtschaft die eine Konfliktpartei einen konfliktlösenden, konfliktabschließenden Sieg erringen; es soll immer nur befristeten sozialen Frieden zwischen ihnen geben. Solche strukturellen Dauerkonflikte sind nicht zu lösen, sondern nur zu regulieren.

Es gibt noch eine dritte Form von Konflikten, die nicht lösbar sind und für die man auch keine endgültige Lösung anstreben sollte, nämlich segmentale (internationale, interethnonationale, zwischen den Religionsgemeinschaften bestehende und andere) Konflikte. Politische Machtkonflikte sind Konflikte um die Gestaltung des Gemeinwesens. Soziale Konflikte sind Konflikte zur Über- und Unterordnung von Menschengruppen. Segmentale Konflikte betreffen die Nebeneinanderordnung von Menschengruppen. In der soziohistorischen Wirklichkeit überlappen sich häufig soziale und segmentale Konflikte, beispielsweise beim Kampf um internationale Herrschaft oder bei ethnosozialen Auseinandersetzungen. Ziel von Völkerrecht und Friedenspolitik kann es nicht sein, Konflikte zwischen segmentalen Menschengruppen zu beenden und abzuschaffen, sondern sie bestimmten mäßigen, zivilisierten Verhaltensregeln zu unterwerfen, um kriegerische und mörderische Massenvernichtung zu vermeiden. Dazu gehört ein gewisses Ausmaß stillschweigender oder vereinbarter Kooperation.

Die kommunistische Parteiherrschaft ist nicht zuletzt deshalb nach wenigen Generationen zusammengebrochen, weil sie ein totalitäres, harmoniesüchtiges Friedensverständnis pflegte, aufgrund dessen unvermeidbare gesellschaftliche Konflikte nur mit brutaler Gewalt unterdrückt, aber nicht öffentlich ausgetragen wurden. Gleichzeitig gelang es ihr aber, die sozialen Unterschiede in der Gesellschaft in kaum zwei bis drei Generationen derart zu verringern, dass beim Zusammenbruch der kommunistischen Ordnung herkömmliche soziale Konflikte zwischen

den bürokratisch-etatistischen (sozialistischen) Unterschichten und der Oberschicht nur eine geringe Rolle spielten im Vergleich zu den ordnungspolitischen, durch alle Schichten sich hindurchziehenden Konflikten und vor allem zu den segmentalen Konflikten. Nirgends gab es im Osten die Gefahr eines sozialen, wohl aber einiger ethnonationaler Bürgerkriege.

Staatsnationale und ethnonationale Konflikte sind in unserem Zeitalter neben den sozialen Klassenkonflikten die gewaltsamsten Konflikte in der Form des Bürger- und Staatenkrieges und des sozialen und nationalen Massenmordes gewesen. Nach den Berechnungen von Rudolph J. Rummel waren zwischen 1900 und 1987 weltweit rund 170 Millionen Menschen Opfer von staatlich organisiertem Massenmord oder Demozid,<sup>9</sup> also von Genozid (Völkermord), Politizid (Mord an politischen Gegnern) und – so ist zu ergänzen – von Soziozid (Klassenmord).<sup>10</sup> Diese Zahl ist fast so hoch wie die sämtlicher Kriegstoten im gleichen Zeitraum. Merkwürdigerweise finden die Massenmorde in den Sozialwissenschaften und auch in der Friedens- und Konfliktforschung weniger Beachtung als Kriege. Während die sozialen Klassenkonflikte vielenorts in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Tarifkonflikten transformiert und als solche hochgradig reguliert, verrechtlicht und pazifisiert wurden wie auch die politischen Machtkonflikte, ist die Transformation, Regulierung, Verrechtlichung und Pazifizierung nationaler und vor allem ethnonationaler Konflikte bislang nur teilweise gelungen, so dass Kriege und Völkermorde immer noch eine große Rolle in der Gegenwart spielen.

Andererseits sind auch Tendenzen zur Entstehung eines dauerhaften Weltfriedens unübersehbar. Institutionell waren die Gründung des Völkerbundes und der Vereinten Nationen ein wichtiger Schritt hierzu, ferner die Ausbreitung internationaler Regimes und die Beachtung völkerrechtlicher Normen sowie die Entfaltung eines global-humanen Bewusstseins in der Weltbevölkerung. Es spricht viel dafür, daß die Kantsche Annahme einer allmählichen Ausbreitung des völkerrechtlich gesicherten Friedens nicht völlig grundlos ist. Es gibt allerdings keine wissenschaftliche Möglichkeit vorherzusagen, welche der beiden Tendenzen, diejenige des

---

<sup>9</sup> Rummel, Rudolph J.: Power, Genocide and Mass Murder. In: Journal of Peace Research 31 (1994), S. 6, vgl. ders. The Statistics of Democide, Genocide and Mass Murder since 1900. Münster 1998.

<sup>10</sup> Der Begriff Soziozid wurde in Abgrenzung von den älteren Begriffen Genozid und Politizid eingeführt in: Jahn, Egbert: Zur Phänomenologie der Massenvernichtung, in: Leviathan 18 (1/1990), S. 31, vgl. auch ders.: Der Holodomor im Vergleich, in: Osteuropa 54 (12/2004), S. 22.

zunehmenden Tötens von Menschen durch Menschen oder diejenige der Weltfriedensorganisation obsiegt. Wir müssen heute akzeptieren, dass es eine historische Möglichkeit des Omnizids, d. h. der Auslöschung aller durch einige Menschen gibt, sei es mit oder ohne Absicht. Als Historiker und Sozialwissenschaftler sollten wir viel stärker in Rechnung stellen, dass Menschen auch irrational handeln können, beim Setzen von Zielen ebenso wie bei der Verwendung nicht zweckrationaler Mittel bei der Verfolgung ihrer Ziele. Leider ist die Forschung und Theoriebildung zu *irrational choice* noch völlig unterentwickelt.

#### **4 Zeitgeschichte als Geschichte des Zeitalters der Volkssouveränität**

Zeitgeschichte, *contemporary history*, *histoire contemporaine*, *novejšaja istorija* wird in den einzelnen Staaten und von vielen Autoren recht unterschiedlich von der sonstigen Geschichte abgegrenzt. Im Unterschied zu einem generationsabhängigen, fluktuierenden Begriff der Zeitgeschichte als erlebter Geschichte lässt sich Zeitgeschichte auch als ein Epochenbegriff auffassen. Sie ist dann diejenige Geschichte, die von einem vorherrschenden Thema und Problem der Gegenwart beherrscht wird. Gegenwart ist im strikten Sinne des Wortes ein Bruchteil einer Sekunde, der zwischen der Vergangenheit und der Zukunft währt. Im allgemeinen Sprachgebrauch wie auch in den Sozial- und Geschichtswissenschaften verstehen wir unter Gegenwart jedoch einen Zeitabschnitt, der sowohl ein Stück Vergangenheit als auch ein Stück Zukunft umfasst. Wenn wir etwa am 4. Juli 2011 sagen, dass gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland eine christdemokratisch-liberale Koalition mit der Kanzlerin Angela Merkel regiert, dann meinen wir damit, dass sie sowohl gestern und vor einigen Monaten schon regiert hat und aller Wahrscheinlichkeit auch noch morgen und in einigen weiteren Monaten regieren wird. In diesem Sinne trennt uns eine länger anhaltende Gegenwart, bestehend aus einer näheren Vergangenheit und näheren Zukunft, von der ferneren, abgeschlossenen Vergangenheit und von der ferneren, noch nicht erschlossenen Zukunft.

Vergangenheit ist der Sache nach eindeutig und abgeschlossen, wenn auch meist nicht eindeutig und abgeschlossen erforscht und erforschbar, vor allem deshalb, weil man Vergangenheit nicht wahrnehmen kann, sondern sich über Indizien (Quellen, Daten, Relikte usw.) erschließen muss.

Dennoch können wir zwischen einerseits ideologisch, d. h. wirklichkeitsfremd oder andererseits wissenschaftlich konstruierten Geschichtsbildern und dementsprechend zwischen einer ideologischen und einer wissenschaftlichen Geschichtsschreibung unterscheiden. Zukunft ist demgegenüber im Rahmen gewisser gesellschaftsgeschichtlich vorgegebener Pfadabhängigkeiten, wie es nicht ungeschickt in neueren politikwissenschaftlichen Studien (Paul Pierson<sup>11</sup>) über die historisch bedingte Einschränkung von Handlungsalternativen in jeder aktuell gegebenen Situation heißt, ihrem Wesen nach ungewiss. Zwar neigt menschliches Handeln dazu, auf eingeschlagenen Pfaden fortzufahren, kann aber zuweilen auch bislang unentdeckte und wissenschaftlich nicht vollends antizipierbare Pfade bewusst oder unbewusst beschreiten. Die Zukunft wird nicht durch die Vergangenheit determiniert, sondern nur stark durch sie beeinflusst. Insofern lässt sich die absehbare Zukunft im Rahmen von Gegenwart in Form von hypothetischen Szenarien prognostizieren, aber nicht vorhersagen. Über die Zukunft jenseits von Gegenwart lässt sich hingegen nur wild spekulieren.

Vergangene Geschichte ist eindeutig und einmalig. Wir können lediglich darüber streiten, wie sie tatsächlich abgelaufen und wie sie in ihren Ursachen und Folgen zu erklären ist. Beim Streit über Aussagen zur Zukunft haben wir es mit mehreren möglichen Zukünften am selben Ort zur selben Zeit zu tun. Aus gutem Grund gehört deshalb wissenschaftssystematisch die Zeitgeschichte eher zur Politik- bzw. Sozialwissenschaft als zur Geschichtswissenschaft.<sup>12</sup>

Hans Rothfels hat 1953 überzeugende Gründe vorgebracht, weshalb Zeitgeschichte nur noch als Universalgeschichte zu begreifen ist. Für ihn begann sie mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg und in die Weltpolitik und mit der international ausstrahlenden kommunistischen Oktoberrevolution in Russland im Jahre 1917.<sup>13</sup> Seither war die Gegenwart durch den Antagonismus zwischen durch starke staatliche Macht gestützter liberaler Demokratie und totalitärer Diktatur geprägt. War dann diese Zeitgeschichte Ende 1991 mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft in Europa und der Auflösung der Sowjetunion im

---

<sup>11</sup> Pierson, Paul: Politics in time – History, Institutions and Social Analysis, Princeton 2004.

<sup>12</sup> Unklare „ganz praktische, plausible Gründe“ hierfür erwähnt Bonwetsch, Bernd (Hg.): Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, Berlin 1985, S. 7.

<sup>13</sup> Rothfels, Hans: Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (1/1953), S. 6.

wesentlichen abgeschlossen, da die überdauernden kommunistischen Regime in der Welt keinen universalen Geltungsanspruch des Kommunismus mehr verfechten?

Hat danach eine neue Zeit und Gegenwart begonnen? Dagegen spricht, dass das kurze 20. Jahrhundert von 1917-1991<sup>14</sup> mit seiner prägenden strukturellen Konstellation des Ost-West-Konflikts und des Gegensatzes zwischen den liberalen Demokratien einerseits und dem Kommunismus sowie den national-diktatorischen Mittelmächten (Faschismus, Nationalsozialismus, japanischer Militarismus) andererseits nur ein Abschnitt in einem umfassenderen Verständnis von Zeitgeschichte war. Sie lässt sich als Geschichte der umkämpften Durchsetzung der Volkssouveränität verstehen, die aus einer bloßen Ideengeschichte am Ende des 18. Jahrhunderts mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution zu einer mächtigen staats- und gesellschaftsbildenden Geschichte geworden ist.<sup>15</sup> Durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch bis in die Anfänge des 20. hinein, in Ausläufern auch noch bis in das Jetzt, zieht sich die fundamentale Konfliktlinie zwischen den Verfechtern der Idee der Volkssouveränität und denen der Fürstensouveränität quer durch alle Länder.

Hier ist ein kurzer Ausflug in die Staatsformenlehre geboten.<sup>16</sup> In einer leicht modifizierten Sprache der traditionellen, allerdings unüblich gewordenen Staatsformenlehre ausgedrückt verliefen die Fronten zwischen autokratischer, d. h. monokratischer (monarchischer bzw. tyrannischer) oder oligokratischer (aristokratischer bzw. oligarchischer) Herrschaft einerseits und polykratischer (demokratischer bzw. ochlokratischer) Herrschaft andererseits. Hatte die aristotelische Staatsformenlehre bis in die Neuzeit die drei Grundtypen der Herrschaft eines einzelnen, einiger weniger und vieler bzw. aller untergliedert in Untertypen (wie z. B. Monarchie und Tyrannis), je nachdem ob der Gemeinnutzen oder der Eigennutzen bei der Herrschaftsausübung im Vordergrund standen, so scheint es heute sinnvoll, ein wissenschaftlich und auch öffentlich-politisch leichter überprüfbares Unterscheidungskriterium als den Gegensatz

---

<sup>14</sup> Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München - Wien 1995, S.7.

<sup>15</sup> Erbentraut, Philipp: Volkssouveränität. Ein obsoletes Konzept?, Marburg 2009; Graf Kielmansegg, Peter: Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität. Stuttgart 1977.

<sup>16</sup> Gallus, Alexander – Jesse, Eckhard (Hg.): Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch. Köln – Weimar – Wien 2004.

von Gemein- und Eigennutzen zur Unterscheidung der Pole der drei Staatsformen in Betracht zu ziehen: die Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit. Tyrannei alias Despotie ist demzufolge Willkürherrschaft unter Missachtung jeglichen Verfassungs- und Menschenrechts, Monarchie hingegen rechtsstaatlich gebundene und verpflichtete Einerherrschaft. Analog lässt sich zwischen aristokratischer (modern: elitärer) und oligarchischer Herrschaft unterscheiden.

Volkssouveränität als die Souveränität aller Bürger kann sich ebenfalls in zwei polaren Staatsformen ausdrücken: rechts- und verfassungsstaatlich gebundener Volksherrschaft (Demokratie) und willkürlicher, rechtsverachtender Pöbelherrschaft (Ochlokratie). Selbstverständlich gilt es zu beachten, dass in der Geschichte stets nur Mischtypen aller genannten sechs Grundtypen des Staates auftreten, allerdings meist mit der Dominanz eines der sechs Typen. Die moderne repräsentative Demokratie enthält neben der dominanten Volksherrschaft auch stärkere Elemente von anhaltender aristokratischer (elitärer) und schwächere Elemente von zeitlich befristeter monarchischer Herrschaft. Ochlokratie pflegt nicht lange anzuhalten, sondern begünstigt in der Moderne die Entstehung von demotischer, anfangs vom Volk gewollter und vom Volk gestützter Autokratie, sei es in Form moderner Oligarchie (Partokratie oder Parteikaderdiktatur), sei es in Form moderner Tyrannis (Führerdiktatur).<sup>17</sup>

Im ersten Abschnitt der Geschichte der Volkssouveränität spitzte sich der Kampf zwischen liberalen und demokratischen, später auch sozialistischen und kommunistischen Republikanern einerseits und Monarchisten andererseits oftmals blutig zu; aber es entstanden im Laufe der Jahrzehnte auch reformerische Kompromisse in Form der konstitutionellen Monarchie, die sich schließlich in eine bloß zeremonielle Monarchie wandelte. Die sogenannte parlamentarische Monarchie ist, in einer strengen Systematik der Staatsformen, keine Einerherrschaft mehr, sondern eine Demokratie mit monarchischem Beiwerk, in der ein tüchtiger Monarch zwar wichtige beratende und staatsintegrierende Funktionen, aber keine politische Herrschaft ausübt. Spätestens nach dem Ersten Weltkrieg war in Europa der Konflikt zwischen Fürstensouveränität und Volkssouveränität entschieden, in anderen Teilen der Welt hielt er noch länger an. Im Osten

---

<sup>17</sup> Zur Ablösung des Tyrannis (Tyrannei)-Begriffs durch den modernen Diktaturbegriff nach 1918 siehe: Nolte, Ernst: Diktatur, in: Brunner, Otto – Conze, Werner – Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart: Klett – Cotta 1972, S. 919.

und Südosten Europas endete die Fürstenherrschaft abrupt in den Jahren 1917-1922. Verantwortlich hierfür ist die politische Massenmobilisierung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die sich unter anderem in der Bildung von Massenorganisationen wie den Gewerkschaften und den Arbeiter- und den Bauernparteien niederschlug.

Schließlich gilt es zu beachten, dass im Laufe der Jahrzehnte heftige Konflikte um eine Ausweitung des *demos*, des Kreises der aktiven Bürger, die die Volksherrschaft ausüben dürfen, ausbrachen. Diese Kämpfe erstreckten sich auf fünf Dimensionen der gesellschaftspolitischen Strukturen. Anfangs galten nur die männlichen Besitzbürger in der Funktion als private Haushaltsvorstände als fähig und berechtigt, über den öffentlichen Haushalt als staatlicher Machtbasis mitzubestimmen. In langen Kämpfen errangen auch die männlichen besitzlosen Lohnabhängigen das aktive Bürgerrecht, schließlich auch die befreiten männlichen Sklaven. Weiter dehnte sich der *demos* durch die Aufnahme jüngerer aktiver und passiver Wahlberechtigter aus. Und letztendlich errangen auch die Frauen im 20. Jahrhundert das volle Bürgerrecht, nachdem bereits 1791 Olympe de Gouges eine *déclaration des droits de la femme et de la citoyenne* im Kontrast zu den Menschen- als Männerrechten verkündet hatte.<sup>18</sup>

Die Idee der Volkssouveränität ist ursprünglich eine demokratische Idee. Aber ein souveränes Volk muss nicht unbedingt demokratisch sein, es kann auch eine vom Volk gewollte, eine demotische Autokratie errichten. Nur kurze Zeit nach der Französischen Revolution 1789 obsiegte der plebiszitäre Bonapartismus Napoleons I. und nach der Revolution von 1848 derjenige Napoleons III. Schon in der Französischen Revolutionsepoche hatte sich die neue Konfliktlinie angedeutet, die dann 1917 zu einer scharfen Bruchlinie in den Gesellschaften und zwischen den Staaten wurde, die zwischen einer liberal-demokratischen (einschließlich rechts- und verfassungsstaatlichen) und einer demotischen Auffassung der Volkssouveränität. Letztere kann sich zeitweise auf den Willen des Volkes berufen und sich manchmal gar durch Plebiszite eine Scheinlegitimation verschaffen. Aber stets wird das Volk rasch von der Herrschaftsausübung ausgeschaltet und eine Parteikaderdiktatur oder gar Führerdiktatur errichtet.

---

<sup>18</sup> Burmeister, Karl Heinz (Hg.): Olympe de Gouges: Die Rechte der Frau 1791. Wallstein, 2003



Wollte die sozialistische Bewegung im ausgehenden 19. und im frühen 20. Jahrhundert die liberale Demokratie noch durch eine soziale Demokratie ersetzen, so ging die linke Sozialdemokratie Russlands (Bolschewiki) in mehreren Schritten erst zur Räteredemokratie (Januar 1918), dann zur Parteikaderdiktatur (März 1921) und schließlich gar zur Führerdiktatur (April 1934) über. Erst unter dem Eindruck des Sieges der verbündeten Liberal-Demokratien und der kommunistischen Sowjetunion und des anschließenden Kalten Krieges konnte der epocheneröffnende, universalgeschichtliche Charakter des Eintritts der liberal-demokratischen USA und des bolschewistischen, später kommunistischen Sowjetruslands in die Weltpolitik im Jahre 1917 begriffen werden. Der Antagonismus zwischen den aufkommenden Weltmächten etatisierte die universalen gesellschaftspolitischen Bewegungen der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen liberalen Demokratie einerseits und des zentralplanwirtschaftlichen etatistisch-bürokratischen Kommunismus andererseits. Zur horizontalen, quer durch die Gesellschaften gehenden Konfliktlinie zwischen der demokratischen und der autokratischen Variante der Volkssouveränität trat nun die vertikale Konfliktlinie zwischen Osteuropa und dem übrigen Europa. Bestand dieses neue, sozialsystemare Osteuropa anfangs nur aus der Sowjetunion wie in anderer Form im 19. Jahrhundert nur aus dem zarischen Russland, so dehnte es sich nach 1944 bis in die Mitte Europas und Deutschlands aus.

Die dritte, im 20. Jahrhundert staatsmächtig gewordene gesellschaftspolitische Bewegung, die faschistisch-nationalsozialistische, überlagerte zeitweise diesen Grundkonflikt zwischen den beiden universalen Auslegungen der Volkssouveränität und verstand sich selbst als weltpolitische Alternative sowohl zur liberalen Demokratie als auch zum Kommunismus, nicht aber wie diese als Emanationen der Souveränität und Gleichheit aller Völker, sondern als *suprema potestas* des einen oder des anderen auserwählten Volkes. Insofern waren auch die faschistischen und die nationalsozialistischen gesellschafts- und staatspolitischen Bewegungen und Regime Teil des zeitgeschichtlichen Ringens um die demokratische und die demotisch-autokratische Auslegung der Volkssouveränität.

Eine vierte Variante der Volkssouveränität spielte hauptsächlich im auslaufenden 19. Jahrhundert und dann noch bis in die frühen 1920er Jahre eine gewisse gesellschaftspolitische, oppositionelle

Rolle: der demokratische Sozialismus.<sup>19</sup> Er konnte aber nie geschichtsmächtig im Sinne von staatsgestaltend werden, sondern ging schließlich in einen linken, letztlich nur noch sozialkapitalistischen, sozialdemokratischen Flügel der liberalen Demokratie über, von kleinen, einflusslosen demokratisch-sozialistischen und demokratisch-kommunistischen Parteigruppierungen abgesehen. Eine noch geringere Bedeutung erlangten fünftens die vielen Varianten der anarchistischen, staats- und herrschaftsablehnenden Auffassung von Volkssouveränität.

Mit dem Untergang der faschistisch-nationalsozialistischen und der kommunistischen Regime in Europa schien manchem Beobachter wie etwa Francis Fukuyama das Zeitalter der Auseinandersetzung zwischen der demokratischen und den diktatorischen Interpretationen der Volkssouveränität abgeschlossen und ein neues Zeitalter der eindeutigen, weltweiten Hegemonie der liberalen Demokratie über die Relikte vordemokratischer und demotisch-diktatorischer Regime in der weltpolitischen Peripherie angebrochen.<sup>20</sup> Es hat sich jedoch rasch gezeigt, dass nach 1991 nur ein neuer, dritter großer Abschnitt des Zeitalters der Volkssouveränität begonnen hat, in dem die demokratische Auffassung der Volkssouveränität vor neuen weltpolitischen Herausforderungen mit undemokratischen, gleichwohl demotischen, massenhaft vom Volk getragenen Herrschaftsformen autokratischer Minderheiten und Führer steht. Sie können zwar keinen universalen Herrschaftsanspruch wie die liberale Demokratie und den Kommunismus stellen, finden aber dennoch weithin Resonanz, auch im Osten Europas. Die modernen islamistischen Theokratien gehören zu diesen Herausforderungen, die in ihrem Wesen nicht auf dem Herrschaftsanspruch von Priestereliten, sondern von durch Gott und den Koran inspirierten, aber von gesellschaftlichen Minderheiten beherrschten Völkern beruhen, also durchaus Varianten der demotischen Diktatur von Eliten oder von einzelnen Führern darstellen. Auch die nur noch national-partikular, nicht mehr universal begründeten kommunistischen Diktaturen in Asien und Mittelamerika gehören noch zu den Antagonisten der liberalen Demokratie im Weltmaßstab, außerdem zahlreiche andere partikuläre Führer- und

---

<sup>19</sup> Jahn, Egbert: Demokratievorstellungen in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, in: Kaiser, André – Zittel, Thomas (Hg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung, Wiesbaden 2004, S. 112-115.

<sup>20</sup> Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992, S. 13.

Parteikaderdiktaturen neuerer Art wie vielfach im Osten Europas nach 1991. Schließlich existieren auch noch einige vormoderne Regime, die sich nicht auf die Volkssouveränität berufen. Das Zeitalter der kontrovers interpretierten Volkssouveränität ist noch längst nicht zu Ende.

## **5 Nationalismus und Nationalstaat als Folgen der Volkssouveränität**

„Nationalismus ist undenkbar ohne die Voraussetzung der Idee der Volkssouveränität, ohne eine grundsätzliche Überprüfung der Stellung von Herrscher und Beherrschten, von Klassen und Kasten.“<sup>21</sup> Mit der Durchsetzung der Volkssouveränität beginnt auch die Geschichte des modernen Nationalismus, die sich als die Ausbreitung des Nationalstaatsgedankens begreifen lässt.<sup>22</sup> Unter Nationalismus versteht man in der politischen Umgangssprache nur die aggressive, kriegstreibende, intolerante, von Überlegenheits- und Vorherrschaftsansprüchen geprägte Variante des nationalen Denkens und Fühlens, aber dieses ist nur zu begreifen, wenn man die Funktion des normalen, gemäßigten (Peter Alter)<sup>23</sup>, d. h. von fast allen modernen, politisch denkenden Menschen geteilten, die Gleichheit der Nationen betonenden Nationalismus erkannt hat, der im politischen Alltag gern „gesundes Nationalbewusstsein“ oder „Patriotismus“ genannt wird.

Die Funktion des als Nationalstaatsgedanke verstandenen Nationalismus ist es, im Zeitalter der Volkssouveränität eine Selbstverständigung darüber herzustellen, welche Menschen ein bestimmtes Volk und eine bestimmte Nation bilden, die sich einen bestehenden Staat zueigen macht oder sich einen neuen schafft. Dabei werden Menschen ganz unterschiedlicher sozialer Stellung und regionaler Bindung in ein modernes Volk und eine moderne Nation eingeschlossen (inklusive und integrative Funktion des Nationalismus), und gleichzeitig die meisten Menschen aus ihnen ausgeschlossen (exklusive, oft auch desintegrative Funktion des Nationalismus). Der Nationalstaat ist insofern auch die Ablösung des Ständestaats durch den Volksstaat, der in

---

<sup>21</sup> Kohn, Hans: Die Idee des Nationalismus, Heidelberg 1950, S. 21.

<sup>22</sup> Jahn, Egbert (Hg.): Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, 3 Bände, Wiesbaden 2008/09, hier: Band 1, S. 23.

<sup>23</sup> Alter, Peter, Nationalismus, Frankfurt 1985, S. 129.

liberaler Auffassung die rechtliche Gleichheit aller Staatsbürger schafft und in sozialistischer Auffassung auch die weitgehende soziale Gleichheit der Bürger herbeiführen soll. Die Verfechter der Idee eines Weltvolkes, das die ganze Menschheit umfasst, und einer Weltnation, die in einem Weltstaat vereinigt leben will, sind nach Anacharsis Cloots' Propagierung der *république universelle* im Jahre 1792<sup>24</sup> auch noch nach zweihundert Jahren in einer äußerst kleinen Minderheit geblieben.<sup>25</sup> Volkssouveränität ist insofern realiter stets die Souveränität eines partikularen Volkes und einer partikularen Nation geblieben, das sich von anderen Völkern abgrenzt und andere Interessen verfolgt als diese. Aus den unvereinbarten Auffassungen darüber, welche Menschen zu einer Nation gehören sollen oder wollen, und welches Territorium jede Nation rechtens für ihren jeweiligen Nationalstaat beanspruchen darf, ergeben sich bis zum heutigen Tage viele weitere Bruchlinien in der modernen Gesellschaft, die seit zweihundert Jahren zu Fronten in verheerenden politischen Konfrontationen wurden und die zahllose zwischenstaatliche und innerstaatliche Kriege und Völkermorde hervorrufen.

Volkssouveränität als nationale Souveränität heißt in der Gegenwart, dass nur der Nationalstaat, also der von einem sich zur Nation erhebenden Volk gewollte Staat legitim ist, sei das Volk einsprachig oder mehrsprachig, vorwiegend monoethnisch oder vielfältig polyethnisch. Da moderne Staatlichkeit eine gestaffelte in einem Autonomien- oder Bundesstaat sein kann, kann es auch Nationen in der Nation, also Bundesnationen und somit Bundesnationalstaaten geben. Illegitim ist hingegen der Imperialstaat, der auf nationaler Fremdherrschaft beruht. Das schließt in der Wirklichkeit nicht aus, dass viele moderne, selbst demokratische Nationalstaaten ein bisschen imperial sind, und dass in ihnen mit der Berufung auf das demokratische Mehrheitsprinzip vermeidbare nationalimperiale Herrschaft über nationale Minderheiten ausgeübt wird, die gern ihr Siedlungsgebiet vom bestehenden Staat abtrennen möchten.

Die Idee eines Staates, der durch eine wie auch immer ethnisch und religiös zusammengesetzte Nation gewollt wird, hat seit nunmehr über zweihundert Jahren einen neuen segmentalen Typ

---

<sup>24</sup> Cloots, Anacharsis: *La République Universelle, ou Adresse aux Tyrannicides*, in: ders. : *Œuvres*, München – Paris 1980, S. 333-526.

<sup>25</sup> Zur gegenwärtigen Diskussion über einen Weltstaat siehe die Beiträge in: Lutz-Bachmann, Matthias/ Bohman, James (Hg.) 2002: *Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik*, Frankfurt.

von Bruchlinie in die Ordnung des Staatensystems eingeführt, die nationale. Dies sowohl zur Verstärkung überlieferter staatlicher Grenzen, als auch zur Beseitigung und vor allem auch zur Bildung neuer Staatsgrenzen. Die Umwälzung des Staatensystems durch das Nationalstaatsprinzip hat weltweit zur Vermehrung der Staaten von 51 im Jahre 1900 auf 192 im Jahre 2000 geführt. Im 20. Jahrhundert entstand alle neun Monate ein neuer Staat. Im 21. Jahrhundert wird die „Geburtenrate“ von neuen Staaten vermutlich geringer werden, da die größeren Nationen bereits ihren eigenen Staat errungen haben und die kleineren meist zu schwach sind, um ebenfalls Erfolg zu haben.

In Europa, rechnen wir den Südkaukasus und Zypern zu Europa, bestehen heute außer fünf Kleinststaaten 45 Flächenstaaten, wenn wir das noch nicht international allseits anerkannte Kosovo hinzuzählen. Nur zehn dieser Staaten sind durch die Umwandlung von Fürstenstaaten in Nationalstaaten entstanden, meist unter Verlust eines großen oder gar riesigen Teils ihres Staatsgebietes und ihrer Bevölkerung. Lediglich drei Nationalstaaten entstanden durch die Vereinigung mehrerer Staaten: die Schweiz, Italien und Deutschland. Alle anderen 32 Staaten sind durch nationalen Separatismus oder Sezessionismus entstanden, durch die Abtrennung eines Gebietes und seiner Bevölkerung von einem bestehenden Staat. Der Osten Europas war besonders stark durch die Kämpfe um die Staatsteilungen betroffen, da 1815 der gesamte Osten und Südosten Europas unter der Herrschaft von nur zwei Staaten stand. Erst 1990/1993 und 2006/08 teilte sich das aus nur neun Staaten bestehende postkommunistische Osteuropa in nunmehr 24 Staaten auf. Vor wenigen Jahren entstanden also mehr ethnonational legitimierte Staaten in kürzester Zeit als je zuvor in der europäischen Geschichte. Von einem historischen Ende der Nationalstaatsbildung kann keine Rede sein.

Wie lässt sich die Stärke des Staatsnationalismus in West- und Nordeuropa und seine Schwäche in Mittel- und Osteuropa erklären? Die Bevölkerung der westlichen Staaten hat die Geschichte einer staatlichen Kontinuität von Königreichen in recht stabilen Grenzen über viele Jahrhunderte hin erfahren, konnten sich also im Laufe dieser Zeit an die Staatlichkeit der protonationalen Königreiche Großbritannien, Portugal, Spanien, Frankreich, Dänemark usw. gewöhnen. In der Mitte und im Osten Europas kamen und gingen hingegen viele Staaten, aber die Völker blieben

einigermaßen bestehen. Es gibt keine allgemeine Antwort auf die Frage, was primordial (die historisch ursprüngliche Ordnungseinheit) ist, der Staat oder die Nation.<sup>26</sup> Manche Staaten haben Nationen erzeugt, manche Nationen haben Staaten erzeugt. An der westlichen und nördlichen Peripherie des mittelalterlichen und neuzeitlichen Römischen Reiches begünstigte die Kontinuität staatlicher Herrschaft die Entstehung von Staatsnationen mit starker sprachlicher und ethnischer Assimilationskraft, in der Mitte und im Osten bedingte die Flüchtigkeit der Staatlichkeit die Entstehung von starken Ethnonationen, die oft die bestehende Staatlichkeit als vorübergehende und zu überwindende Fremdherrschaft empfanden und schließlich seit dem 19. Jahrhundert zu bekämpfen lernten. Zwar versuchten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auch die Herrscher des zarischen Russlands und des Osmanischen Reiches, viel weniger die des Habsburger Reiches,<sup>27</sup> die Entstehung eines Reichsnationalismus analog den schon im 16. Jahrhundert einsetzenden, erfolgreicheren Bemühungen in den westlichen Königreichen zu fördern, doch diese Versuche kamen zu spät und erwiesen sich als ohnmächtig gegenüber der Wucht des manchmal liberalen und demokratischen, manchmal nur demotischen Ethnonationalismus in den polyethnischen Kaiserreichen.

Viele Politikwissenschaftler sprechen gern vom Ende des Zeitalters der Nationalstaaten, gar von einem postnationalen Zeitalter. Sie meinen damit aber gar nicht den nationalen Staat, sondern lediglich den wirtschaftlich und militärisch souveränen, politisch unabhängigen, selbstgenügsamen, autarken Staat, den es historisch überhaupt nur in sehr wenigen Fällen und für eine beschränkte Dauer gegeben hat. Die meisten kleinen Staaten waren in der Geschichte stets wirtschaftlich, militärisch und oft auch gesellschaftspolitisch, was durch viele Jahrhunderte vor allem religionspolitisch hieß, von größeren Staaten abhängig.

Die Globalisierung des Handels und der Finanzmärkte, die Intensivierung der transnationalen Vergesellschaftung, die Abnahme der Bedeutung der Staatsgrenzen für den zwischenmenschlichen Verkehr und für die gesellschaftspolitische Identitätsselbstbestimmung

---

<sup>26</sup> Vgl. die Diskussion in: Beramendi, Justo G. – Máiz, Ramón – Núñez, Xosé M. (Hg.): *Nationalism in Europe ' Past and Present*, Bd. 1, Santiago de Compostela 1994, S. 16, 18.

<sup>27</sup> Noch viel schwächer waren die Ansätze eines Reichsnationalismus im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation bis 1806, vgl. Langewiesche, Dieter: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 14 und 28 f.

der Menschen ist unübersehbar und unstrittig. Die Weltwirtschaft und die ökonomischen Großräume transzendieren die herkömmlichen National-, d. h. Staatsökonomien. Die meisten Staaten sind unfähig geworden, sich selbst zu verteidigen. Viele Staaten haben deshalb ihre Neutralität, d. h. Unabhängigkeit gegenüber den Großmächten zugunsten einer militärischen Bündnismitgliedschaft mit sie schützenden Groß- und Weltmächten aufgegeben. Aber selbst die Weltmacht USA kann ihre Sicherheit nicht mehr national gewährleisten, ist militärisch verletzt- und sogar vernichtbar geworden und somit auf internationale Sicherheitsarrangements angewiesen. Der Nationalstaat hat als unabhängiger Wirtschafts- und Sicherheitsstaat historisch bereits weitgehend ausgedient. Aber weshalb strebten dann 1990-1993 und auch noch danach so viele Völker in Europa nach einem eigenen Nationalstaat und waren damit sogar erfolgreich, wenn doch der Nationalstaat angeblich ein historischer Anachronismus ist?

Der Nationalstaat hat offenbar die Funktion, einer Sprache und einer Sprachgruppe einen Schutzraum zu gewährleisten, in dem diese Sprache und ihrer Sprecher die eindeutige gesellschaftliche und politische Hegemonie haben, sie ein Recht und eine gesellschaftliche Chance haben, die Zahl von Zuwanderern zu begrenzen und von ihnen eine gewisse Assimilation an die Territorialsprache und die Territorialkultur zu erwarten. Obwohl der Nationalstaat nicht mehr Wirtschafts- und Sicherheitsstaat sein kann, so hat er immer noch die Funktion, Kulturstaat zum Schutze einer bestimmten Sprach- und Religionskultur in einem fest umrissenen Raum zu sein. Diese Funktion des Nationalstaats als Kulturstaat nimmt im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung und der transnationalen Migration eher zu als ab. Die Globalisierung und die europäische ökonomische und sicherheitspolitische Integration fördern somit eher den Kulturnationalismus als dass sie in der Lage wären, ihn abzubauen.

Beim Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft blieben lediglich die hybriden Ethnonationalstaaten Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Albanien erhalten. Die vier Pseudonationalstaaten Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei und DDR zerfielen hingegen, im großen und ganzen erstaunlich und erfreulich unblutig. Weshalb? Die Wende Osteuropas zum Kommunismus war mit einem um ein Vielfaches größeren Blutvergießen verbunden als seine Abwendung vom Kommunismus.

Die Idee des Kommunismus war nach den beiden Weltkriegen nicht nur als eine Antwort auf die sozial-ökonomische Spaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sondern vor allem als eine Form des Protests gegen den kriegerischen Nationalismus in dieser Gesellschaft geschichtsmächtig geworden. Der sozialistische bzw. kommunistische Inter-Nationalismus wollte einerseits die Befreiung der kleineren Nationen von imperialer Herrschaft und ihre staatliche Konstitution herbeiführen, gleichzeitig sie aber unter einheitlicher, tendenziell globaler kommunistischer Herrschaft in nationalen und möglichst in multinationalen Bundesrepubliken, bestehend aus nationalen Republiken, vereinigen. Damit wurden unter kommunistischer Herrschaft bereits die nationalstaatlichen Bruchlinien für den Fall der ideologischen und politischen Erschöpfung der internationalistischen, kommunistischen Gesellschafts- und Staatskonzeption geschaffen. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für die relativ friedliche Auflösung der multinationalen Staaten in ihre föderativen nationalen Gliedstaaten. Ethnonationaler Bürgerkrieg entstand nur in den Fällen, in denen in territorialen Untereinheiten starke nationale Bewegungen sich gegen die Herrschaft der Mehrheitsnation der föderierten Staaten wandten, also vor allem in Tschetschenien, Kosovo, Bergkarabach und Abchasien.

Eine wichtige äußere Bedingung für die Nationalstaatsbildung im Osten Europas in jüngster Zeit war der Abschied der Deutschen, Österreicher, Italiener und Ungarn nach 1945 vom expansiven, hegemonialen Nationalimperialismus und vom territorialen Revisionismus, ihre Bescheidung auf einem demokratischen Nationalstaat und ihre Einbindung in die Europäische Union als eine Friedensunion. Dies ermöglichte es den Slowaken, den Slowenen, Kroaten und Mazedoniern, den Ukrainern und Weißrussen und schließlich auch den Montenegrinern und Kosovaren, ihre Nationalstaatsaspirationen gegenüber den ungeliebten großen Brüdern, den Tschechen, Serben und Russen, die die drei multinationalen Staaten dominiert hatten, durchzusetzen, ohne unter die Herrschaft nichtslawischer Nationen zu geraten. Der Konstruktionsfehler der drei Staaten Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei war somit nicht ihre nominelle nationalföderale Struktur, der den Zerfall dieser Staaten entlang der Grenzen der nationalen Republiken ermöglichte, wie viele westliche Wissenschaftler mit der Berufung auf das nur scheinbar ethnische und ethnonationale französische und US-amerikanische Staatsmodell behaupten, sondern im Gegenteil, die völlig unzureichende reale Föderalisierung der kommunistischen



Bundesnationalstaaten,<sup>28</sup> die ohne Demokratisierung der Staaten auf Dauer gar nicht möglich war. Die sowjetische, die jugoslawische und die tschechoslowakische Nation, das waren keine wirklichen, im politischen Bewusstsein der Bevölkerung dieser Staaten verankerte Nationen, wie es die Schweizer Nation und mehrheitlich auch noch die belgische und die kanadische Nation sind, sondern sie waren nur Putativnationen, vermeintliche Nationen, die von der Staatselite und einer gesellschaftlichen Minderheit getragen wurden. Demokratisierung der Sowjetunion hieß Auflösung der Sowjetunion, weil die demokratischen Freiheiten es den Bürgern in einem historisch vorgegebenen Staat ermöglichen, selbst zu bestimmen, ob sie ein gemeinsames Volk oder mehrere Völker oder Teile eines anderen Volkes sein wollen. Die Desintegration der multinationalen Staaten Osteuropas war eine historische Voraussetzung für die Reintegration ihrer nationalen Bestandteile in der Europäischen Union, die eine Union gleichberechtigter Nationalstaaten ist, in denen die Hegemonie jeweils einer oder einiger weniger Sprachkulturen gewährleistet ist.

## **6 Der europäische Osten als Teil Gesamteuropas**

Unter Europa wurde zu verschiedenen Zeiten ganz Unterschiedliches verstanden. Da in der Gegenwart gesellschaftspolitisch auch immer wieder Bilder von der älteren Geschichte virulent werden, müssen sie hier kurz skizziert werden. Zum einen ist Europa eine geographische Bezeichnung für einen Teil der Landoberfläche der Erde, zum anderen wird Europa auch als Metapher für gesellschaftspolitische und kulturhistorische Realitäten bzw. Mythen wie auch für Ideale oder Werte benutzt, beides in erster Linie in Abgrenzung von Asien, weit seltener von Afrika oder Amerika. Eine ähnliche doppelte Bedeutung tragen die Wörter Westen und Osten, einmal als Bezeichnung für völlig relationale Himmelsrichtungen und auch für konkrete geographische Räume, ein andermal ebenfalls als Metapher für gesellschaftspolitische und kulturhistorische Realitäten und Werte. Wenn etwa nach 1989 die Rede von einer Rückkehr

---

<sup>28</sup> Zur Entwicklung des Begriffs des Bundesnationalstaats und der Bundesnation (der Nationen in der Nation) siehe Jahn, Egbert: Die staatliche Transformation im Osten Europas, in: ders. (Hg.): Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, Bd. 1, S. 40 f.

Polens, Ungarns und anderer Länder nach Europa die Rede war, dann war mit Europa eine gesellschafts- und kulturpolitische „Wertegemeinschaft“ gemeint, ähnlich wie man unter der Europäisierung oder Verwestlichung die Ausbreitung europäischer Normen über den ganzen Erdball versteht. Dabei weichen die Bedeutungen der älteren Bezeichnungen wie Orient (Morgenland) und Okzident (Abendland) deutlich vom modernen Osten und Westen ab.

Als soziohistorische Metapher-Begriffe stehen sie einerseits für die Kooperation von Nationen in internationalen „Wertegemeinschaften“ und relativ stabilen staatlichen Vereinigungen und Militärallianzen, andererseits weisen sie auf Konfliktlinien in größeren Staatenformationen hin. Die soziohistorischen Assoziationen, die mit Asien verknüpft werden, sind immer wieder auf den Osten Europas übertragen worden. Zum Teil wurde das mit der über wenige Jahrhunderte dauernden Herrschaft aus Asien gekommener Völker begründet, vor allem der Mongolen, Tataren und Osmanen. Diese Asien-Assoziationen wurden dann oftmals auch auf das zu Byzanz verfremdete griechische Ostrom und auf die Slawen, insbesondere die vornehmlich orthodoxen Ost- und Südslawen übertragen. Dies hat zur Folge, dass der Terminus Osteuropa nicht selten den Beiklang von asiatischem Europa annahm, demgegenüber sich Westeuropa als das eigentliche Europa, das *Europe européenne* versteht, wie es der katholisch-konservative Schweizer Gonzague de Reynold nannte.<sup>29</sup> Das lateinische, katholisch-protestantische Europa wurde mit seinem karolingischen Kern zum Kristallisationsraum der europäischen gesellschaftspolitischen und staatlichen Einigung in den Europäischen Gemeinschaften und dann der Europäischen Union. Mit Ablehnung und Misstrauen begegnete es oft dem orthodoxen Europa, während dieses seinerseits sich gern als Bollwerk gegen die Islamisierung Europas im Süden Russlands und auf dem Balkan begreift. Zwar wurde auch immer betont, dass östlich der EG und später der EU ein *Europa irredenta*, ein unerlöstes Europa liege, ein Gebiet, das nach Europa zurückkehren solle, aber das kommunistische Europa wurde als uneuropäisches, asiatisches Europa begriffen. Selbst viele westliche Marxisten der Neuen Linken liebten es, von der asiatischen Produktionsweise zu sprechen, wenn sie die sowjetische meinten.<sup>30</sup> Westlicher, freiheitlicher, demokratischer

---

<sup>29</sup> De Reynold, Gonzague: *La Formation de l'Europe*, Bd. 1: *Qu'est ce que l'Europe?*, Fribourg 1944, S. 55.

<sup>30</sup> Dutschke, Rudi: *Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus*, Berlin 1974,

Sozialismus galt ihnen als Gegenutopie zum östlichen, despotischen Kommunismus oder Pseudosozialismus.

Weit weltoffener hingegen ist die liberal-demokratische Besetzung des Europabegriffs mit Vorstellungen von Bürger- und Menschenrechten, nationaler Selbstbestimmung, Pluralismus, Demokratie, Aufklärung, Säkularisierung und Individualismus. Dieser Europabegriff ist bereit, nicht nur ganz Osteuropa, sondern auch den Mittelmeerraum mit einzuschließen und schwimmt mit dem einer verwestlichten Welt, zu der schon lange Nordamerika gehört. Europa von Vancouver bis Wladiwostok ist ein Schlagwort für ein solches liberal-demokratisches Großeuropa, das jedoch leicht einen rassistischen Unterton als Welt der Weißen erhalten kann.

Nur gelegentlich wurde das Abendland in Europa selbst als Land des Sonnen- und des historisch bedingten, kulturell-zivilisatorischen Untergangs begriffen,<sup>31</sup> wurde der Okzident mit Dekadenz, Sitten- und Ordnungszersplitterung identifiziert, das Morgenland hingegen als Region der verfeinerten Sitten, der höchstentwickelten Philosophie und als Ursprungsort aller großen Religionen gefeiert. Die Kommunisten übernahmen die positive Besetzung des Wortes Osten, nun aber mit sozialem Fortschritt und politischem Aufstieg, und die Gleichsetzung des Westens mit Dekadenz und Sittenzersplitterung, mit gemeinschädlichem Individualismus und Egoismus.

Ursprünglich wurden in der griechischen Antike unter Europa die Landstriche westlich des Bosphorus und der Dardanellen mit unbestimmten Grenzen im Westen und Norden verstanden. Die Wassergrenze der Meerengen zwischen Europa und Asien wurde nach Norden durch das Schwarze Meer bis zum Don (Tanais) verlängert, der bis ins 17. Jahrhundert die Ostgrenze Europas blieb. Die Kiewer Rus, das alte Russland, war selbstverständlicher Teil Europas. Lange Zeit beherrschte der Gegensatz zwischen dem zivilisierten griechischen und dann dem griechisch-römischen Südeuropa und dem barbarischen Nordeuropa das gesellschaftspolitische Denken und auch bedeutsame politische und militärische Konfliktlinien. Daran änderte sich lange auch dadurch nichts, dass dieses kulturell sich überlegen dünkende Südeuropa im 4. Jahrhundert zwischen Rom und Konstantinopel politisch, religiös und militärisch in ein

---

<sup>31</sup> Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, München (1923) 1995, 54.

westliches und ein östliches Reich gespalten wurde. Die Zweiteilung des Kontinents in Südeuropa und Nordeuropa, zu dem im 18. Jahrhundert selbstredend auch Polen und Russland gerechnet wurden, beherrschte durch Jahrhunderte das kulturell-politische Denken, wobei nach der Christianisierung des Nordwestens und der Bildung des Karolingischen Reiches die Scheidelinie Europas sich mehr und mehr von der Ost-West-Orientierung in eine Südost-Nordwest-Richtung verlagerte. Der polnische Historiker Oskar Halecki unterschied 1957 ein nordöstliches Neueuropa von einem südwestlichen Alteuropa.<sup>32</sup> Aber die Geschichte des arabischen, tatarischen und osmanischen Europas wollte er nicht zur europäischen Geschichte rechnen, da es von der Geschichte Asiens her fremdbestimmt gewesen sei. Er übersah dabei, dass die von außen errichtete Fremdherrschaft immer auch einer europäisierenden Transformation durch die Beherrschten unterlag.

Mit der Ostausdehnung des Fränkischen und dann des Deutschen Reiches und der Christianisierung der Westslawen, der Balten, der Slowenen und Kroaten verlagerte sich schließlich die Hauptscheidelinie Europas in eine Süd-Nord-Richtung. Der Gegensatz zwischen Okzident und Orient, Abendland und Morgenland, begann das großräumige, kulturell-politische Denken zu beherrschen. Osteuropa erschien als Verlängerung Asiens nach Europa. Selbst das christliche Byzantinische Reich und damit auch das Mutterland des Europabegriffs und der Demokratie wurden aus dem abendländischen Europa ausgeschlossen. Allenfalls das ortslos gewordene vorchristliche, antike Griechenland der großen Philosophen, Literaten und Künstler, manchmal auch der Demokratie, wurde in das europäische Gedächtnis aufgenommen.

Das sich von der tatarischen Herrschaft befreiende christliche Moskowien beanspruchte nicht nur das Erbe der christlich-europäischen Kiewer Rus, sondern nach 1453, nach dem Untergang des griechisch-christlichen zweiten Roms in Konstantinopel, auch als orthodoxes Drittes Rom Hauptstadt der Christenheit zu sein. Dies unterstrich der Moskauer Fürst durch die Annahme des Kaisertitels in Konkurrenz zum weströmischen Kaiser. Erst die Unterwerfung und teilweise Russifizierung der Gebiete nördlich, östlich und südöstlich des Fürstentums Moskau veranlassten eine Ostverschiebung der Grenze Russlands. Erst nach der kulturell-politischen Westwendung

---

<sup>32</sup> Halecki, Oskar: Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957, S. 29.

des Moskauer Russlands und der Verlagerung der Hauptstadt nach St. Petersburg unter Peter dem Großen wurde die Ostgrenze des geographischen Europas mit der Ostausdehnung Russlands schrittweise ebenfalls nach Osten verlegt. Der schwedische Militärgeograph Philip Johan von Strahlenberg verlegte 1730 mit Billigung des Zaren die geographische Ostgrenze Europas an den Ural, die Emba und die Manytschniederung.<sup>33</sup> Später verlegten andere die Südostgrenze an den Fluss Ural und die Kuban-Terek-Linie oder auf den Kamm des Kaukasus-Gebirges. Bei einer Einbeziehung des Südkaukasus in den Europabegriff, wie es heute in vielen internationalen Organisationen geschieht, liegt die Südostgrenze Europas am Fluss Aras gegenüber Iran. Auch im Norden dehnte sich der Europabegriff aus. Noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts begriffen viele Briten und Skandinavier ihre Inseln und ihre Halbinsel nicht als Teil Europas, so dass auch hier eine Ausdehnung des Europabegriffs stattfand, als der Untergang des Britischen Empires die britische Zuwendung zu Europa begünstigte.

Am Ende des 19. Jahrhunderts schien die weitere Verlagerung der Grenze Europas nach Osten und Südosten noch nicht abgeschlossen. Vor allem nach dem Bau der sibirischen Eisenbahn wurde mit einer Fortsetzung der europäisch-slawischen Ostsiedlung gerechnet. Die russische Landnahme der Kolonien Russlands in Sibirien im Fernen Osten bis Wladiwostok („Beherrsche den Osten“) und bis über Wladikawkaz („Beherrsche den Kaukasus“) hinaus fand dann aber im wesentlichen erst unter sowjetischer Herrschaft statt. Bis 1917 galt Sibirien noch als russländisches Kolonialland, Russland war also das Land westlich des Urals und identisch mit Osteuropa. Erst in sowjetischer Zeit wurde der Russlandbegriff bis Wladiwostok ausgedehnt, ohne dass ihm jedoch der Europabegriff folgte. Dieses Phänomen lässt sich aus einigen Charakteristika der Weltpolitik der Bolschewiki erklären.

Die Oktoberrevolution hob die rechtlichen Unterschiede zwischen den Untertanen des zarischen Reiches (zwischen den orthodoxen Slawen und den *inorodcy* oder den Eingeborenen) auf und machte alle zu gleichberechtigten Sowjetbürgern. Sie führte also zur vollständigen Integration der Kolonien in Sibirien und Fernost in einen Einheitsstaat Sowjetrussland und dann Sowjetunion, wodurch sich der Russlandbegriff nach der Oktoberrevolution bis an den Pazifik ausdehnte. Für

---

<sup>33</sup> Jahn, Egbert: Wo befindet sich Osteuropa?, in: Osteuropa 40 (5/1990), S. 418-440.

Lenin waren die „Vereinigten Staaten Europas“ eine reaktionäre Idee.<sup>34</sup> Im Ersten Weltkrieg war zudem der zivilisatorisch-missionarische Überlegenheitsanspruch Europas zusammengebrochen. Lenin und viele andere verarbeiteten diesen Zivilisationsbruch mit einer epochalen Aufwertung der Völker des Ostens, insbesondere Chinas und Indiens. Deren national-antikoloniale und damit antieuropäische Revolutionen sollten sie zu Verbündeten der sozialen Revolution („Proletarier und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!“ lautete die neue Parole) machen und die „Internationale (Welt-) Sowjetrepublik“ herbeiführen. Diesem Zweck diene eine Umwertung des Begriffs des Ostens, der nunmehr die aufsteigenden, fortschrittlichen sozial- und nationalrevolutionären Kräfte gegenüber dem dekadenten, untergehenden Westen und der europäischen Kolonialherrschaft symbolisierte. Bereits der Sieg Japans über die europäische Kolonialmacht Russland im Jahre 1905 hatte enorm das nationale Selbstbewusstsein vieler farbiger Völker in Asien und später auch in Afrika gestärkt. Eine Ostverlagerung der Grenze Europas analog zu derjenigen Russlands an den Pazifik war nach 1917 nicht mehr opportun. Die westlichen Europäer hatten zudem keinerlei Motiv, die Ausdehnung Sowjetrusslands und des russischen Siedlungsgebietes als Erweiterung Europas zu begrüßen, sondern neigten eher dazu, Russland wieder begrifflich aus Europa auszuschließen, wie zu Zeiten der tatarischen Herrschaft über Moskowien. Seit dieser Zeit begann sich Russland als ein sowohl europäisches als auch asiatisches Land kontinentalen Ausmaßes zu interpretieren, das von Exilrussen in Frankreich dann als Eurasien bezeichnet wurde.<sup>35</sup> Dieses Eurasien gilt es nicht mit dem gesamten Doppelkontinent Eurasien von Gibraltar bis Wladiwostok zu verwechseln. Michail Gorbatschow versuchte vergebens die Sowjetunion kurz vor ihrem Zerfall als „Gemeinschaft Europäischer und Asiatischer Staaten“ (GEAS) neu zu konstituieren.<sup>36</sup> Seit dieser Zeit wird in Russland und von Russen heftig darüber gestritten, wie europäisch und wie asiatisch oder asiatisch Russland ist und sein sollte, um sich an das westliche Europa anzugleichen oder deutlich von ihm abzugrenzen.

---

<sup>34</sup> Lenin, Wladimir I.: Über die Losung der Vereinigte Staaten von Europa, in: W. I. Lenin Werke, Bd. 21, Berlin 1972, S. 343.

<sup>35</sup> Wiederkehr, Stefan: Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Russland, Köln 2007; Böss, Otto: Die Lehre der Eurasier. Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 1963.

<sup>36</sup> Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 1150.

Die gesellschaftspolitisch-kulturellen Europabegriffe werden weiterhin dadurch kompliziert, dass viele Russen und auch die offizielle Sowjetunion unter Europa das Gebiet westlich der Sowjetunion verstanden. „Russland und Europa“ ist ein alter Topos des politischen Denkens in Russland.<sup>37</sup> An der westlichen politischen Kultur orientierte Russen wollen ihr Land jedoch als im wesentlichen europäisches Land verstehen, auch wenn es in seinem dünner besiedelten, postkolonialen Teil zum geographischen Asien gerechnet wird.

Der Kommunismus wird heute in Russland oftmals völlig anders als im Westen interpretiert. In westlicher Auffassung lag während des Kalten Krieges östlich des freien Europas der unfreie Osten, das bis nach Berlin vorgedrungene (despotische) Asien, wie einst K. Adenauer sagte und „Der Spiegel“ noch 1986 schrieb.<sup>38</sup> Gegenüber der Deutung des Kommunismus als asiatischem Despotismus gilt für das christlich-orthodoxe, antikommunistische Russland der gottlose Kommunismus als Import der säkularisierten, dekadenten, westlichen Zivilisation. Während meiner über vierzigjährigen Osteuropastudien habe ich nie einen Menschen getroffen, der sich selbst als Osteuropäer bezeichnete. Osteuropa war immer nur eine Fremdbezeichnung. Osteuropäer waren immer die anderen, die Auch-ein-bisschen-Europäer, die entweder östlich vom eigenen Land lebten oder im eurasischen Verständnis: westlich von Russland. Polen, Ungarn, Tschechen, die baltischen Völker, Slowenen, Kroaten, auch viele Ukrainer sehen ihr Land als Teil Mitteleuropas, allenfalls Ostmitteleuropas, wenn nicht gar des westlichen Europas an. Im Selbstverständnis der europäischen Völker war Osteuropa also stets nur ein imaginärer Strich auf der Landkarte irgendwo zwischen Frankreich und Russland. Das im Prinzip zweigeteilte Europa, zuerst das Süd-Nord-Europa, später das West-Ost-Europa wurde nach dem Wiener Kongress von 1815 durch ein gesellschafts- wie machtpolitisch dreigeteiltes Europa abgelöst. Zwischen West- und Osteuropa traten Mitteleuropa und die Mittelmächte mit einer eigenen, wenn auch drastisch wechselnden gesellschaftspolitischen Identität. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg wollten sich zuerst das hohenzollernsche und habsburgische Mitteleuropa, das

---

<sup>37</sup> Danilevskij, Nikolaj: Russland und Europa. Eine Ansicht der kulturellen und politischen Beziehungen der slavischen Welt zur germanisch-romanischen, Stuttgart 1960; zur heutigen Diskussion: Peter, Rolf: Russland im neuen Europa. Nationale Identität und außenpolitische Präferenzen (1992-2004), Hamburg 2006, S. 95-202.

<sup>38</sup> Jahn, Egbert: Europa, Osteuropa und Mitteleuropa, in: HSFK-Report 1/1989, S. 2.

nach Friedrich Naumann sich durch einen eigentümlichen korporatistischen Kapitalismus vom westlichen liberal-individualistischen, durch eine neue sozialökonomische Konfession“ unterschied,<sup>39</sup> und dann das nationalsozialistische, großdeutsche Europa zur europäischen Hegemonialmacht siegen. 1945 schwand dann Mitteleuropa aus der politisch-kulturellen Topographie. Mitten durch Berlin, das kurz zuvor noch als zukünftige Welthauptstadt verkündet worden war, verlief nun für fast ein halbes Jahrhundert die Scheidelinie zwischen einem neuen, dem sozialsystemaren West-Ost-Europa.<sup>40</sup> Das westliche Europa machte nur ein Drittel der Fläche des geographischen Europas aus. Zufällig lebte im Jahre 1988 genau jeweils die Hälfte der europäischen Bevölkerung, nämlich 263 Millionen Menschen, in Westeuropa wie auch in Osteuropa. Erst als sich die kommunistischen Einparteienherrschaft in Europa ihrem Ende zuneigte, gab es eine kurze Renaissance von österreichzentrierten, deutschlandzentrierten und zwischen Deutschland und Russland verorteten Mittel- und Zentraleuropakonzepten.<sup>41</sup>

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union in den Jahren 1990, 2004 und 2007 wanderte die Ostgrenze des liberal-demokratischen Unions-Europas nach Osten und Südosten und ist noch längst nicht an ihrem Ende angelangt. Der Westbalkan ist bereits designiertes Unions-Europa. Das ehemals kommunistische Osteuropas wurde auf EU-Europa und GUS-Europa aufgeteilt, so dass Europa weiterhin zweigeteilt bleibt, nur mit einer nach Osten verschobenen Teilungsgrenze, die nicht mehr mit Stacheldraht und Mauern verriegelt ist. Zunächst schien sich eine intensive, wenn auch sicher von Anfang an asymmetrische Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau<sup>42</sup> anzubahnen, die neben dem staatlichen machtpolitischen auch gesellschaftspolitische Aspekte hatte. Diese waren allerdings weniger klar und eindeutig als zu Zeiten des gesellschaftspolitischen Ost-West-Konflikts. Doch sind die staatswirtschaftlichen Trends in der Ökonomie Russlands und seiner engsten Partnerländer unübersehbar, ebenso die

---

<sup>39</sup> Naumann, Friedrich: Mitteleuropa, Berlin 1915, S. 104.

<sup>40</sup> Link, Werner: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1980.

<sup>41</sup> Busek, Erhard – Wilflinger, Gerhard (Hg.): Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents, Wien 1986; Konrád, György: Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt 1985.

<sup>42</sup> Zur Entstehung des Konzepts der Integrationskonkurrenz siehe Jahn, Egbert (2007): Ausdehnung und Überdehnung. Von der Integrationskonkurrenz zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit, in: Osteuropa 57 (2-3/2007), S. 43.



ausgeprägten autokratischen Tendenzen und die starke Antipathie gegen das westliche Demokratieverständnis. Allerdings erwies sich die Integrationskraft Moskaus gegenüber der Brüssels seit 1991 als auffallend schwach, so dass sich mittlerweile in den drei westlichen GUS-Staaten und auch in den drei Südkaukasus-Ländern das Verlangen nach einer Mitgliedschaft in der EU ausgebreitet hat. Einerseits ist unklar und heftig umstritten, ob und wie weit sich die EU noch in den Osten Europas ausdehnen soll, andererseits erstreckt sie sich mit dem Beitritt Zyperns bereits auf asiatisches Territorium. Auch mit der Türkei werden Beitrittsverhandlungen geführt; allerdings bleibt deren Ausgang völlig ungewiss.

Russland, in dem ein Drittel des Territoriums des geographischen Europas liegt, ist kulturhistorisch als vornehmlich christliches, slawisches Land und mit seiner im europäischen Landesteil lebenden Bevölkerungsmehrheit zweifellos stärker mit Europa verbunden als die Türkei. Andererseits ist es ziemlich unwahrscheinlich, dass Russland jemals Mitglied der EU werden könnte, selbst wenn es eines Tages wirklich „ein lupenrein demokratisches“ und marktwirtschaftliches Land werden sollte. Auch die USA könnten schwerlich Mitglied der EU werden, weil sie unzweifelhaft eine Führungsrolle im vereinigten Großeuropa spielen wollten und würden. Wesentliches Strukturprinzip und wohl auch wichtiger Erfolgsfaktor der bisherigen europäischen Einigung ist, dass es keine Hegemonialmacht gibt, sondern komplexe Machtstrukturen, in die auch die größten EU-Länder eingebunden sind. In sie ließen sich prinzipiell auch die Ukraine und die Türkei einfügen, aber schwerlich das wesentlich größere Russland.

Somit spricht alles dafür, daß der europäische Kontinent auf Dauer politisch geteilt bleiben wird zwischen einem EU-Europa und einem Europa außerhalb der EU. Diese Teilung muss aber keine tiefgreifende Spaltung sein, sondern kann durch gesamteuropäische und euroatlantische Integrationsprozesse von Vancouver bis Wladiwostok überwölbt werden, für die es schon heute mehrere organisatorische Strukturen gibt (Europarat, OSZE, NATO-Russland-Rat).<sup>43</sup> Zudem ist es friedenspolitisch geboten, nicht nur die Prozesse der Integration der europäischen Völker (und

---

<sup>43</sup> Ausführlicher hierzu Jahn, Egbert: Russland innerhalb und außerhalb Europas, in: Gorzka, Gabriele – Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Russland unter Putin?, Frankfurt – New York 2004, S. 389-416.

ihrer Verwandten in Nordamerika) im Blick zu haben, sondern auch solche der globalen und sonstigen großregionalen (Mittelmeerraum) Integration, um rassistisch und religiös konnotierten Kontinental-Konflikten in neuen Dimensionen vorzubeugen. Wir sollten nicht vergessen, dass Europa lediglich eine Provinz auf unserer Erde ist.

## Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

**Albert Kadan:** Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

**Erich Reiter:** Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich  
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

**Wilhelm Brauner:** Staatsausgaben  
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

**Erich Reiter:** Reform des Bundesrates  
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

**Eva Steindl:** Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer  
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

**Erich Reiter** (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas  
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

**Heinz Vetschera:** Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht  
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

**Lothar Höbelt:** Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik  
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

**Helmut Berger:** Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO  
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

**Anton Pelinka:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ  
**Manfried Welan:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP  
**Erich Reiter:** Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ  
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen (vergriffen)

HEFT 11 (1987)

**Heinrich Schneider:** Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung  
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

**DIE ZUKUNFT EUROPAS**

**Franco Algieri:** Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

**Peter Schmidt:** Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

**Herbert Scheibner:** Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

**Erich Reiter:** Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

**Waldemar Hummer:** Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

**STEUERPOLITIK**

**Ernst Gehmacher:** Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

**Erich E. Streissler:** Steuerpolitik und Umverteilung

**Oliver Ginhör:** Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

**Herbert Scheibner:** Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

**KAMPF DER KULTUREN?**

**EUROPA UND DER ISLAM**

**Elsayed Elshahed:** Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

**Hans Winkler:** Toleranz ist keine Einbahnstraße

**Herbert Scheibner:** Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

**Erich Reiter:** Integration und/oder Kulturkampf

**KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER**

**Herbert Scheibner:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Katharina Beclin:** Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

**Karin Gastinger:** Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

**Gabriele Zierung:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Astrid v. Friesen:** Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

**BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG  
LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH**

**Manfried Welan:** Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

**Lothar Höbelt:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

**Walter M. Iber, Erich Reiter:** Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

**Alfred Gerstl:** Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

**Walter M. Iber:** Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

**Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter:** Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

**Anhang:** Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

**VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT**

**Erich Reiter:** Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

**Manfried Welan:** Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

**Urs Schöttli:** Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

**Andreas Unterberger:** Bürgerlich: Was ist das?

**Gunther Tichy:** Die neue Unsicherheit

**Ernst Gehrhammer:** Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

**Wolfgang Neumann:** Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

**Jörg Schütze:** Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen  
**Werner Pleschberger:** Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

**DER LANGSAME WEG ZU EINER  
EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK**

**Lothar Rühl:** Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

**Reinhardt Rummel:** Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

**Erich Reiter:** Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

**Heinz Gärtner:** Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

**Günter Hochauer:** Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

**Erich Eder:** Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

**Helge Lerider:** Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

**DIE GENERATIONENFRAGE  
AUS LIBERALER PERSPEKTIVE**

**Wolfgang Mazal:** Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

**Urs Schoettli:** Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

**Werner Pleschberger:** Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

**Thomas Neumann:** Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt:** Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

**Schwerpunkt: FÖDERALISMUS ALS  
GESTALTUNGSPRINZIP**

**Franz Fiedler:** Föderalismus als Gestaltungsprinzip

**Peter Bußjäger:** Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

**Gerhart Wielinger:** Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

**Günter Voith:** Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

sowie:

**Martin Malek:** Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, *frozen conflicts* und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

**Schwerpunkt: GENFORSCHUNG, GENTECHNIK  
UND GENMEDIZIN**

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt:** Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

**Michael Stormann:** Genmedizin in Europa

**Clemens Leitgeb:** Genmedizin in der Onkologie

**Wolfgang Schallenberg:** „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

sowie:

**Iris Kempe:** Die europäisch-russischen Beziehungen und die *Russlandpolitik der EU*

HEFT 23 (2007)

**LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.**

**Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006. Liberale Politik in Österreich.**

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

**Erich Reiter:** Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

**Lothar Höbelt:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

**KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE**

**Erich Reiter:** Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffhandel und Atomenergie

**Helmut Stubner:** CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

**Volkmar Lauber:** Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

**Stefan Pickl:** Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

**Dieter Drexel:** Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

**Erich Gornik:** Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

**Schwerpunkt: ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT**

**Erhard Busek:** Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

**Heinz Gärtner:** Eine moderne Neutralität ist flexibel

**Erich Reiter:** Neutralität als österreichische Ideologie

**Gottlieb F. Hoepfli:** Neutralität in der Schweiz

sowie:

**Peter W. Schulze:** Elf Thesen *zur russischen Innen- und Außenpolitik* am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

**Günther Ofner:** Die *EU als Energiemanager*

HEFT 26 (2008)

**Schwerpunkt: ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU**

**Urs Schoettli:** Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

**Gustav C. Gressel:** „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

**Franco Algeri:** Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

sowie:

**Eugene Kogan:** Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

**Schwerpunkt: GEORGIENKONFLIKT**

**Gustav C. Gressel:** Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

**Aschot Manutscharjan:** Georgien suchte Krieg mit Russland

**Eugene Kogan:** The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

**Peter Schmidt:** Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

sowie:

**Gerhard Will:** Permanenter Ausnahmezustand *Birmas* leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

**Harrer:** Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel *Irak* und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

**Schwerpunkt: HAT DIE MARKTWIRTSCHAFT ZUKUNFT?**

**Gerald Schöpfer:** Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

**Erhard Fürst:** Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?

**Helmut Kern:** Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? – Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

**Bernhard Martin:** Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose

**Rainer E. Schütz:** Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

sowie:

**Walter Schragel:** Schadenersatz für behindertes Kind?

**Henriette Riegler:** Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

**OSTASIEN – GEOSTRATEGISCHER SCHWERPUNKT DER WELT**

**Urs Schöttli:** Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen

**Gudrun Wacker:** Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur

**Rudolf Logothetti:** Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

**Eugene Kogan:** The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

**Sebastian Harnisch:** The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

**Urs Schöttli:** Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

**Yuan-hsiung Chen:** The Security Situation of the Republic of China

**Chong-pin Lin:** Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

**Bill Keh-ming Chen:** The Role and Influence of the United States in East Asia

**Gustav C. Gressel:** Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

HEFT 30 (2009)

**ÜBERLEGUNGEN ZU STAATSREFORM UND EUROPAPOLITIK**

**Heimo Hofmeister:** Staat und Individuum

**Christian Stadler:** Österreichische Staats- und Verwaltungsreform aus liberaler Perspektive

**Roland Vaubel:** Nie sollst Du mich befragen?  
Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen  
– auch in der Europapolitik – möglich sein sollten.

HEFT 31 (2009)

#### **BEITRÄGE ZUR ÖKONOMISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN SITUATION**

**Erhard Fürst** Die EU in der Finanz- und Wirtschaftskrise  
**Bernhard Martin** Konkordat: Kulturpolitischer Klotz am  
Bein moderner, liberal-demokratischer Staatlichkeit?

#### **Andreas Kirschhofer-Bozenhardt**

Wahlen gewonnen, Zukunft gefährdet?

**Beqir Sadikaj** Causes That Have Influenced Appearance  
of Trafficking and Prostitution in Kosovo, Ways of  
Deceits of Victims and Their Submission into Slavery

sowie:

**Gustav C. Gressel** Bericht von der Veranstaltung:  
„Brauchen wir eine neue europäische Friedensordnung?“

HEFT 32 (2010)

#### **EINE NEUE SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA?**

##### **Russische und europäische Positionen**

**Andrei Zagorski:** Der Medwedew-Vorschlag eines  
europäischen Sicherheitsvertrags

**Vladislav Belov:** Russische Positionen für eine  
europäische Sicherheitsentwicklung

**Johann Frank:** Die sicherheitspolitischen  
Möglichkeiten der EU: Kann die EU der  
Sicherheitspartner Russlands sein?

**Peter Rudolf:** Amerikanische Russlandpolitik und  
europäische Sicherheitsordnung

**Peter W. Schulze:** Braucht Europa eine neue Charta?  
Initiativen für und Widerstände gegen eine  
gesamteuropäische Friedensordnung

HEFT 33 (2010)

#### **RECHTLICHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER EU**

**Peter Becker:** Die europäische Kompetenzordnung  
zwischen Anpassungsfähigkeit, Effizienz und  
Legitimität

**Thorsten Hüller:** Über Demokratie/Demokratisierung  
in der EU

**Jan Oppermann:** Flexibilisierung und Depolitisierung:  
Optionen für eine Steigerung der Effizienz europäischen  
Regierens

**Roland Vaubel:** Nie sollst Du mich befragen.  
Warum Referenden auch in der Europapolitik möglich  
sein sollten (Wiederabdruck aus Heft 30)

HEFT 34 (2010)

#### **BRAUCHEN WIR EINE EUROPA-ARMEE?**

**Erich Reiter:** Die Sicherheit Europas

**Günter Barnet:** Verteidigungspolitische Positio-  
nierungen und Ideen zu einer Europa-Armee –  
Gedanken über in Österreich nicht stattfindende  
Diskussionen

**Werner Fasslabend:** Brauchen wir eine Europa-  
armee?

**Johann Frank:** Perspektiven einer Europäischen  
Armee nach dem Vertrag von Lissabon

**Herbert Scheibner:** Euroarmee – Traum und Wirklich-  
keit

**Anhang:** Die Einstellung der Österreicher zu einer  
Europa-Armee

HEFT 35 (2010)

#### **LIBERALISMUS – EIN ALLERWELTSBEGRIFF ODER ANWALT DER FREIHEIT?**

**Lüder Deecke:** Freiheit und Verantwortung

**Erich W. Streissler:** Liberalismus in ökonomischer  
Sicht

**Rudolf Burger:** Anmerkungen über das Wesen des  
Liberalismus

**Andreas Unterberger:** Liberales Denken statt liberaler  
Parteien: 17 Denkanstöße

**Gregor Henckel-Donnersmarck:** Liberalismus und  
Religion

sowie:

**Michael Macek** Über die Freiheit der Kunst

HEFT 36/37 (2011)

#### **RUSSLAND MODERNISIERT SICH – ODER NICHT?**

**Peter W. Schulze:** Eine neue Etappe der  
Transformation: Modernisierung, Machtsicherung und  
kooperative Großmachtspolitik

**Hannes Adomeit:** Russlands Modernisierungs-  
partnerschaft(en)

**Falk Bomsdorf:** Russland modernisiert sich – nicht

**Johannes Auer:** Die Rolle der Russisch-Orthodoxen  
Kirche

# Schriftenreihe zur internationalen Politik , Erich Reiter (Hg.)

**Band 1 Die Sezessionskonflikte in Georgien**, Böhlau 2009 ISBN 978-3-205-78325-1

**Band 2 Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion**, Böhlau 2009 ISBN 978-3-205-78404-3

**Band 3 Konfliktmanagement in Zentralasien**, Böhlau 2010 ISBN 978-3-205-78565-1

**Band 4 Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine**, Böhlau 2011 ISBN 978-3-205-78709-9

**Band 5 Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt**, Böhlau 2012 ISBN 978-3-205-78824-7

## Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

### Reihe Studien

---

<b>Klaus Becher</b>	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungs politikund zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007und anderer Erhebungen	Oktober 2007
<b>Peter W. Schulze</b>	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
<b>Heinz Gärtner</b>	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
<b>Klaus Becher</b>	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
<b>Andrei Zagorski</b>	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
<b>Egbert Jahn</b>	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Meinungsfreiheit – Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
<b>Peter W. Schulze</b>	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
<b>Oliver Ginhör</b> <b>Martin Haselberger</b> <b>Sandra Schreiblehner</b>	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
<b>Stefan Pickl</b>	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	April 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
<b>Urs Schöttli</b>	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
<b>Hannes Adomeit</b> <b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b>	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008

<b>Gudrun Harrer</b>	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
<b>Uwe Halbach</b>		
<b>Peter W. Schulze</b>	Machtpoker am Kaukasus	
<b>Andrei Zagorski</b>	Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008	
<b>Eugene Kogan</b>	Vier Studien	Februar 2009
<b>Peter W. Schulze</b>	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise	
<b>Andrei Zagorski</b>	Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009
<b>Hüseyin Bağcı</b>	Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy	Juni 2009
<b>Gerhart Wielinger</b>	Überlegungen zum Thema Gestaltung der Verfassung im Hinblick auf die Sicherung einer rechtsstaatlichen und sparsamen Bewältigung von Staatsaufgaben	Juli 2009
<b>Urs Schöttli</b>	Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	August 2009
<b>Erich Reiter</b>	Liberaler Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS-Umfrage	September 2009
<b>Erich Reiter</b>	Wie die Österreicher unser Wirtschaftssystem sehen – (IMAS-Umfrage)	September 2009
<b>Eugene Kogan</b>	Turkish-American Strategic Partnership versus Turkish-Russian Partnership without Strategy	Oktober 2009
<b>Hannes Adomeit</b>	Russland und Iran – Welche Ziele und Interessen verfolgt Russland? Wie verlässlich ist Russland, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern?	November 2009
<b>Gustav C. Gresse</b>	Missile Defence in Europe –	
<b>Eugene Kogan</b>	Systems, Policies and Strategic Choices	März 2010
<b>Erich Reiter</b>	Freiheit und Religion – die Österreicher und der Islam Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Juni 2010
<b>Erich Reiter</b>	Das soziale Selbstportrait der Österreicher und wie und als was sie den Liberalismus sehen	Oktober 2010
<b>Eugene Kogan</b>	Turkey's Place and Role in Changing NATO	
<b>Eugene Kogan</b>	Is Turkey torn between the European Union and the Middle East?	
<b>Vahap Polat</b>	Die Türkei unter Erdoğan	November 2010
<b>Erich Reiter</b>	Wie realistisch ist die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone?	
<b>Heinz Gärtner</b>	Nuklearwaffenfreie Zonen und Österreich	
<b>Gudrun Harrer</b>	Die Fata Morgana einer Middle East Nuclear Weapon Free Zone	März 2011
<b>Erich Reiter</b>	Denkschrift zur Wehrpflichtdebatte	Mai 2011
<b>Eugene Kogan</b>	Armenia's and Georgia's Security Agenda	Juli 2012
<b>Egbert Jahn</b>	Strukturen von Konflikt und Kooperation im Osten Europas	August 2012